

Die UEMOA und die CFA-Zone

Eine neue Kooperations-Kultur im frankophonen Afrika?

()

(Dirk Kohnert) ¹

Abstract:

The WEAMU and the Franc CFA-Zone: A new culture of co-operation within Francophone Africa?

The CFA-zone is basically composed of two sub-zones, characterised by significant structural economic and political differences within and between its member countries: the West African Economic and Monetary Union (WAEMU/UEMOA) and the Economic and Monetary Community of Central Africa (EMCCA/CEMAC). The growing structural divergences between UEMOA and CEMAC have been intensified by the recent development of world oil markets, booming production in Equatorial Guinea and the arrival of Chad in the club of oil producers. Nevertheless the CFA-zone in general, and the UEMOA in particular, have been considered as model case for economic and monetary integration in Africa. Yet, neither of these sub-zones meets the classical criteria of the Optimum Currency Area (OCA). In contrast, they show a low degree of diversification of production and exports, low factor mobility (except of labour in some countries) and price and wage flexibility, different levels of infrastructure and of inflation, low intra-regional trade and a strong exposure to asymmetrical external shocks (e.g. violent political conflicts, different terms of trade development for oil- and agricultural exports). The rules of the informal sector (e.g. neo-patrimonialism, prebend-economy, rent-seeking etc.), which are more important in structuring the CFA-zone than the institutions and policies of the formal economic sector, including its monetary institutions. For decades, prices of French imports were overpriced, due to protection by tied aid and other political and cultural non-tariff barriers. The cost of this rent-seeking was carried not only by the French Treasury, who guarantees the peg, but by the French and EU-taxpayers, who financed budgetary bail-outs and development aid, and finally by the poorer member countries and social strata (cf. the free-rider thesis). This article analyses the aims and structures of the WEAMU and its future development prospects.

Key-words: regional integration; currency union; Western Africa; CFA-zone

JEL-codes: F15; N97; O18; P25; R11; R58; O23; E26

¹ Institute of African Affairs / Institut für Afrika-Kunde, GIGA, Hamburg; published in: Nabers, Dirk / Urten Andreas (eds.)(2005): *Regionale Integration – Neue Dynamiken in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, Nr. 65, Hamburg, DÜI, 2005:115-136.

Lange Zeit galt der Krisenkontinent Afrika bei vielen Unternehmern und Entwicklungsexperten schon als abgeschrieben. Wirtschaftspolitischer Dirigismus, niedrige Produktivität, mangelnde Vertragssicherheit, Korruption und Vetternwirtschaft machten Handel und Investitionen in Afrika südlich der Sahara in den Jahrzehnten nach der politischen Unabhängigkeit zunehmend unattraktiv (s. Kappel 2001). Ab dem Beginn der 1990er Jahre, mit dem zweiten Wind demokratischen Wandels und ökonomischer Liberalisierung, gekrönt von der Befreiung Südafrikas vom Apartheidregime, keimten Hoffnungen auf wirtschaftliche Erholung. Die von der internationalen Gebergemeinschaft geförderten Strukturanpassungsprogramme schienen zumindest in den Ländern, die sie umsetzten (wie Ghana, Côte d'Ivoire, Uganda), zu greifen. Man sprach von einer *afrikanischen Renaissance*. Die Côte d'Ivoire träumte 1998 sogar schon von einer nachholenden Entwicklung wie in den asiatischen „Tigerstaaten“. Die Ausweitung innerafrikanischer Konflikte, etwa in Zentralafrika oder in der westafrikanischen Mano-River Region, und schließlich die ivoirische Krise ab 1999, sowie externe Krisen, wie die asiatische Finanz- und Bankenkrise, dämpfte diese Hoffnungen beträchtlich. Sie zeigten, wie verwundbar die meisten von Rohstoffexporten und Entwicklungshilfe abhängigen Länder Westafrikas weiterhin gegenüber externen Schocks und unsicheren internen politischen Verhältnisse sind (Doré et al 2003; Menzel 2003). Angesichts sinkender Rohstoffpreise, reduzierter Rohstoffnachfrage und Entwicklungshilfe der asiatischen Länder und der sich rapide verschlechternden Wettbewerbsposition afrikanischer Exporteure auf den Weltmärkten sank das prognostizierte Wirtschaftswachstum.

Die frankophone CFA-Zone ⁽²⁾ schien dem wirtschaftlichen Abwärtstrend allerdings bisher besser widerstehen zu können. Insbesondere die westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA erwies sich in den 1990er Jahren als Hort relativer Stabilität und galt als Modell regionaler Integration in Afrika. Dies ist, trotz den regionalen Auswirkungen der ivoirischen Krise um so beachtlicher, als die jüngere Wirtschaftsgeschichte Afrikas gepflastert ist mit vollmundig angefangenen, aber im Endeffekt fehlgeschlagenen Versuchen regionaler Integration. Im Folgenden sollen Ziele und Struktur der UEMOA, die Gründe für ihren bisherigen Erfolg und schließlich ihre Entwicklungschancen zusammenfassend analysiert werden.

1. Entstehungsgeschichte der UEMOA

Die Entstehung der UEMOA ist untrennbar verbunden mit dem Versuch Frankreichs, die besonderen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien zu wahren und die befürchtete Vormachtstellung des anglophonen Westafrika, insbesondere Nigerias und Ghanas, abzublocken. Vorläufer der UEMOA waren die 1973/74 gegründete frankophone westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO) und Währungsunion (UMOA). Auch wenn das von den betroffenen Staatshäuptern in Fensterreden abgestritten

² Der „*Franc des Colonies Françaises d'Afrique*“ oder Franc CFA (später umbenannt in *Franc de la Communauté Financière Africaine*) wurde als fest an die Leitwährung (FF) der französischen Kolonien gebundene Währung formell kurz vor Beginn des Weltkrieges II (1939) geschaffen und nach dessen Ende im Oktober 1948 auf eine Parität von 1 FF = 50 F CFA, nach der Abwertung vom 1.1.94 auf 1 FF = 100 F CFA festgelegt. - Die CFA-Zone umfaßt derzeit insgesamt 15 Staaten in drei Zonen mit jeweils einer Zentralbank: (i) 8 westafrikanische Länder der UEMOA (*Union Economique et Monétaire d'Afrique de l'Ouest*): Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea Bissau (ab 01.05.97), Mali, Niger, Senegal, Togo; mit der *Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest*, BCEAO; (ii) 6 zentralafrikanische Länder der CEMAC (*Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale*): Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun, Kongo-Brazzaville, Tschad, Zentralafrikanische Republik, mit der *Banque Centrale des Etats d'Afrique Centrale*, BEAC, sowie (iii) die Komoren mit der *Banque Centrale des Comores*, die den „*Franc Comorien*“ (FC 100 = 1,33 FF) herausgeben.

wurde, standen diese regionalen Zusammenschlüsse der ehemaligen französischen Kolonien von Anbeginn an in offensichtlicher Konkurrenz zur 1975 von allen westafrikanischen Staaten gegründeten *Economic Community of West African States* (ECOWAS), die von Nigeria dominiert wurde. Im Zuge der 50%igen Abwertung des F CFA im Januar 1994 beschlossen die sieben Staatschefs des frankophonen Westafrika (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo) die Zusammenlegung von CEAO und UMOA zur *Union Economique et Monétaire Ouest Africaine* (UEMOA), die offiziell am 30.1.94 in Ouagadougou, dem Sitz der Organisation, installiert wurde. Diese Wirtschaftsgemeinschaft repräsentierte mit 72 Mio. Einwohnern und 28 Mrd. € Bruttoinlandsprodukts (BIP) etwa 30% der Bevölkerung bzw. 33% des BIP Westafrikas. Ziel der UEMOA war, die Ressourcen des frankophonen Westafrika in einer schlagkräftigen Organisation zu bündeln, die auf die spezifischen Entwicklungsbedürfnisse der Franc-Zone ausgerichtet war und den gewachsenen speziellen Beziehungen zur ehemaligen Wirtschafts- und Währungszone der Kolonialmacht Frankreich Rechnung trug. Die enge Zusammenarbeit mit dem IWF, der Weltbank und Frankreich, die die UEMOA von Anbeginn an mit beträchtlichen finanziellen Mitteln ausstatteten, sollte deren Erfolg gewährleisten. Allerdings befürchteten anglophone Staaten Westafrikas, wie Ghana, dass damit die Konkurrenz um zukünftige Mittel und Machtpositionen mit den übrigen ECOWAS-Staaten noch stärker werden würde.

Die UEMOA ist integraler Bestandteil der CFA-Zone, die seit über 50 Jahren im krisengeschüttelten afrikanischen Kontinent als ein Hort relativer währungs- und wirtschaftspolitischer Stabilität gilt. Sie ist über ein Kredit- und Budgetabkommen direkt an den französischen Franc (FF), seit 1999 an den Euro, gebunden; die Parität des CFA-Franc war von 1948 bis zur Abwertung von 1994 praktisch unverändert (50 F CFA = 1 FF). Die vier Grundprinzipien der CFA-Zone - fixer Wechselkurs mit dem FF, freie Konvertibilität, freier Geld- und Kapitaltransfer, unbegrenzte Deckung der Zahlungsbilanzdefizite der CFA-Länder durch das französische Schatzamt, den *Trésor français*, als Gegenleistung für die Deponierung von 65% der Devisen der Mitgliedsländer, sicherten Geldwertstabilität und größere Budgetdisziplin im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten sowie bevorzugte Entwicklungshilfekonditionen. Allerdings diente die CFA-Zone auch den Partikularinteressen von Generationen französischer Unternehmer und Politiker, den *messieurs Afrique*, und deren afrikanischen Juniorpartnern. Die Kosten gingen zulasten des französischen Steuerzahlers sowie der Armen in den betroffenen afrikanischen Ländern. Die CFA-Zone galt als Selbstbedienungsladen der frankophonen Elite. Französische Unternehmer in Dakar oder Abidjan gaben unumwunden zu, dass sie in Afrika doppelt so hohe Gewinnmargen wie in ihrem Mutterland verdienten (s. Gaud 1994:6; Fritscher 1994:4). Die Preise für französische Importe im subsaharischen Afrika - durchgesetzt mittels Lieferbindungen und politischer Patronage - lagen lange Zeit 30 % über den Weltmarktpreisen für vergleichbare Güter und Dienstleistungen (s. Yeats 1989). Damit fuhren die in das Patronageverhältnis eingebundenen afrikanischen Geschäftspartner und Intellektuelle, die an (wegen der Überbewertung des CFA) relativ billigen französischen Importen und Reisen nach Frankreich interessiert waren, ebenfalls nicht schlecht.

Der Preis dafür war, dass Paris die Geld- und Fiskalpolitik in erster Linie von seinen eigenen Außenhandelsinteressen leiten ließ (Devisen-, Zins- und Geldmengendiktat Frankreichs). Interne währungspolitische Entscheidungen Frankreichs schlugen voll auf die CFA-Länder durch (z.B. Abwertung des FF 1968), ohne auf deren Erfordernisse der Strukturanpassung Rücksicht zu nehmen. So kam es zur Aufwertung des realen Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, der Leitwährung auf den für die afrikanischen Exporte entscheidenden Weltrohstoffmärkten um ca. 40% (1984 - 92). Lange Zeit wehrte Frankreich die Forderung der vom IWF angeführten internationalen Gebergemeinschaft nach

einer Abwertung des CFA ab und setzte auf "interne Lösungen" zur Strukturanpassung, d.h. Deflation, Senkung der Produktionskosten und Restrukturierung des Finanzsystems. Gleichzeitig schwächten sich die französischen Wirtschaftsinteressen in Afrika deutlich ab (s. Chafer 2002). Der Anteil Frankreichs am Außenhandel der CFA-Zone sank beispielsweise in den zwei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit der ehemaligen französischen Kolonien (1960 und 1980) von fast 50% auf 30%. An die Stelle Frankreichs traten die übrigen EU-Staaten, USA und Japan. Im Jahr 2001 machten die französischen Im- und Exporte aus bzw. nach Afrika (inklusive Nordafrika) nur noch 5% bzw. 6% der gesamten Im- und Exporte Frankreichs aus. Im gleichen Jahr lagen die französische Im- und Exporte aus bzw. nach Westafrika (ECOWAS, inklusive UEMOA-Staaten) bei € 2,5 Mrd. bzw. € 4,3 Mrd. mit weiter abnehmender Tendenz.

Die Außenhandelsabhängigkeit der CFA-Zone von Europa (insgesamt über 50% der Im- und Exporte der CFA-Zone; davon Frankreich 18% der Exporte, 31% der Importe 1990-96) war allerdings nach wie vor groß. Dies fiel umso stärker ins Gewicht, weil die Zone als extrem anfällig für externe Schocks (z. B. Änderungen der *terms of trade*, Schwankungen von Angebot und Nachfrage auf den Rohstoffmärkten) galt. Die Differenzierung der Außenhandelsstruktur zwischen den wohlhabenderen erdöl- und mineralienexportierenden CFA-Ländern (insbesondere der CEMAC (Gabun, Kongo), aber auch Niger, Togo) gegenüber den traditionellen CFA-Agrarexport-Ländern Westafrikas (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Tschad) führte auch zu einer stärkeren internen Differenzierung des BSP und des Pro-Kopf-Einkommens innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern mit einer Bandbreite von weniger als US \$ 190 im Tschad und US \$ 3.390 in Gabun (1996). Außerdem gab es selbst innerhalb der UEMOA große intra-regionale Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und im Einkommensniveau (Sahel- vs. Küstenländer; regionale Großmächte vs. Kleinstaaten etc.).

Der intra-regionale Handel in der CFA-Zone - einer der wesentlichen Indikatoren regionaler Kooperation - betrug zwischen 1970 und 1993 zwar in der UEMOA-Zone mit 11% knapp das Doppelte wie in der zentralafrikanischen CEMAC-Zone (6%); zu den regionalen Auswirkungen der ivoirische Krise gehörte allerdings auch eine Beeinträchtigung des regionalen Handels innerhalb der UEMOA und eine Handelsumleitung in die benachbarten ECOWAS-Staaten. Allerdings konnte selbst das relativ gute Abschneiden der UEMOA nicht darüber hinweg täuschen, dass der Binnenmarkt der CFA-Zone insgesamt noch in den Kinderschuhen steckt.. Im Vergleich dazu betrug der intra-regionale Handel in der EU z. B. über 60% des gesamten internationalen Handels der Gemeinschaft.

Innerhalb des sub-saharischen Afrika (SSA) ging der private Kapitalzufluss seit dem Beginn der 1980er Jahre in der CFA-Zone noch stärker zurück als in den übrigen Ländern des SSA. Zwar stand Frankreich im Zeitraum 1996-2000 mit \$ 3.269 Mrd. an jährlichen Direktinvestitionen in Afrika (hinter den USA und vor Großbritannien und Deutschland) an zweiter Stelle. Die abnehmende wirtschaftliche Bedeutung Afrikas für Frankreich spiegelte sich jedoch unverkennbar in den privaten Direktinvestitionen. Französische private Direktinvestitionen im CFA-Raum, die 1975 noch 2/3 der gesamten französischen Auslandsinvestitionen ausmachten, halbierten sich innerhalb eines Jahrzehntes auf 1/3 (1987). Generell stagnierten die ausländischen Direktinvestitionen in der CFA-Zone ab dem Ende der 1980er Jahre im Gegensatz zu den nicht-CFA-Ländern, in denen sie signifikant anstiegen, sich allerdings selbst hier immer noch auf einem niedrigem Niveau bewegten. Dafür lagen die Gewinnmargen der ausländischen Direktinvestitionen im sub-saharischen Afrika im Zeitraum 1990-94 durchschnittlich mit 24-30% beträchtlich höher als in der Gesamtheit der Entwicklungsländer (16-18%), was als Risikoprämie, insbesondere für die

schwer zu kalkulierenden politischen Investitionsrisiken angesehen werden kann.

Insgesamt lag die Investitionsrate in der UEMOA im Zeitraum 1996-2001 mit 16-17% deutlich niedriger als in der CEMAC (19-30%) und reichte bei weitem nicht aus, um ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu initiieren, wofür nach Einschätzung der Weltbank ein Mindestsatz von 30% erforderlich wäre. Wie weit die Realität von den Zielen der UEMOA noch entfernt war, zeigte auch der Indikator des Verhältnisses der öffentlichen Investitionen zu den fiskalischen Eigeneinnahmen, das in der UEMOA 2002 mit insgesamt 9,1% weit unter dem von der Gemeinschaft im Rahmen der Konvergenzkriterien selbst gesetzten Mindestniveau von 20% blieb (Benin, Burkina Faso, Mali und Senegal erreichten dieses Niveau; s. a. Doré/Masson 2002). Das Verhältnis der Gesamtverschuldung zum nominellen Bruttoinlandsprodukt überschritt in der UEMOA insgesamt dagegen mit 127,7% (2002) – zwar mit leicht abnehmender Tendenz – immer noch beträchtlich die Zielvorgabe von maximal 70%. Nur Benin, Burkina Faso und Senegal respektierten dieses Konvergenzkriterium.

Mit der Aufnahme Guinea-Bissaus in die UEMOA (5.3.97) fand zum ersten Mal ein lusophones Land in die CFA-Zone Eingang. Als weitere, an einer Aufnahme interessierte Kandidaten galten Ghana, Gambia und insbesondere Guinea-Conakry. Anlässlich des Beitritts Guinea-Bissaus betonten sowohl der französische Botschafter in Conakry als auch Charles Konan Banny, der Gouverneur der BCEAO, der Zentralbank der UEMOA, dass die UEMOA auch für alle nicht-frankophonen Länder offen sei, die sich den Regeln der CFA-Zone unterwerfen wollten. Es galt als offenes Geheimnis, das Banny leistungskräftige anglophone Länder wie Ghana zum Beitritt motivieren wollte, um so die Machtstellung der UEMOA, und damit der Frankophonie, gegenüber der ECOWAS auszubauen. Die ab 2000 laufenden hochfliegenden Planungen der anglophonen Länder Ghana, Guinea, Nigeria, Sierra Leone und Gambia zum Aufbau einer zweiten westafrikanischen Währungszone, als Zwischenstation mit dem Ziel der Errichtung einer einheitlichen Währungszone Westafrikas (*West African Monetary Zone, WAMZ*), schienen diesen „Abwerbungsinitiativen“ aber vorläufig einen Riegel vorzuschieben. Während die frankophonen Regierungen weiterhin eine Integration der anglophonen Staaten in die CFA-Zone favorisierten, sprach sich der nigerianische Minister für Zusammenarbeit, Bimbola Ugunkelu im November 2001 gegen eine Bindung der gemeinsamen Währung an den F CFA bzw. Euro aus. Er befürwortete statt dessen eine einheitliche, nicht von außen bestimmte westafrikanische Währung. Die Umsetzung der im Dezember 2001 in der *Accra Declaration* beschlossenen Ziele der Errichtung einer *West African Monetary Zone (WAMZ)* bis zum Jahr 2004 erwies sich unter diesen Bedingungen und angesichts der fortbestehenden signifikanten Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und - politik der Mitgliedsstaaten als immer illusorischer. Zwei im Februar 2001 und Dezember 2002 veröffentlichte Studien des IWF über die Realisierungschancen einer einheitlichen westafrikanischen Währungszone legten den westafrikanischen Staatsführern daher dringend nahe, erst einmal ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen (s. Debrun et al 2002). Eine Währungsunion sei weder notwendig noch hinreichend, um die regionale Integration der ECOWAS voranzubringen. Vielmehr sah der IWF die Gefahr, dass die ambitionösen Pläne von den wahren Problemen der Strukturanpassung und der Umsetzung der IWF-Empfehlungen zur „guten Regierungsführung“ in den einzelnen Mitgliedsländern ablenken.

2. Ziele und Struktur der UEMOA

Auf dem Gebiet regionaler Kooperation unternahmen die Staaten der CFA-Zone nach der CFA-Abwertung vom 1.1.1994 verstärkte Kooperationsanstrengungen, um die Währungsunion nicht durch eine zu disparate Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedsstaaten zu gefährden. Mit der Abwertung unterzeichneten die Mitgliedsstaaten der west- und zentralafrikanischen CFA-Zone Verträge über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft in den jeweiligen Zonen (UEMOA und CEMAC). Ziel dieser Verträge war die Einrichtung eines durch eine Zollunion sowie durch eine Harmonisierung der Steuer- und Finanzpolitik zusammengeschweißten gemeinsamen Marktes. Wichtige Institutionen und rechtliche Rahmenbedingungen wurden ab 1995 geschaffen und eine Harmonisierung der Zollsätze für Industriegüter (zunächst auf eine Bandbreite von 5-30%; ab 2000 auf einen einheitlichen Außenzollsatz von max. 20%) sowie die Abschaffung von Importquoten beschlossen.

Der UEMOA gelangen auf diesem Gebiet größere Fortschritte als der CEMAC. Erstens, weil die Wirtschaftsstruktur der westafrikanischen Staaten homogener war als die der zentralafrikanischen, und zweitens weil sich das frankophone Westafrika einem stärkeren Konkurrenzdruck benachbarter Staaten (Nigeria und Ghana) ausgesetzt sah.. Ende März 1998 wurde das *Comité interparlementaire* - ein Vorläufer des geplanten Parlaments der UEMOA - feierlich in Bamako eröffnet; Anfang April 1998 folgte die Gründung der *Chambre consulaire régionale* (als 2. Kammer und Beratungsorgan der UEMOA, mit 56 Mitgliedern - je sieben pro Land - mit Vertretern aus Berufs- und Unternehmerverbänden). Zur gleichen Zeit nahm der *Cour de justice* der UEMOA seine erste Sitzung des Jahres 1998 auf; er hatte die Aufgabe, die Einhaltung der UEMOA-Verträge zu überwachen. Am 16. Sept. 1998 eröffnete die erste regionale Wertpapierbörse in Abidjan (Côte d'Ivoire) mit einem vielversprechenden Start ihren Handel; sie ist zunächst auf die Mitgliedsländer der UEMOA beschränkt und ging aus der 1976 gegründeten ivorischen Börse hervor, die nun eingestellt wurde. Um den oben angesprochenen großen intra-regionalen Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur entgegenzuwirken, wurde im Dezember 1997 ein regionaler Strukturhilfe-Fonds der UEMOA geschaffen. Er hatte die Aufgabe, in besonders bedürftigen Mitgliedsländern die Armutsbekämpfung zu erleichtern; Fondsmittel sollten aus 0,5% der nationalen Importzölle gespeist werden. Ab 1.7.97 galt die in den Vorjahren beschlossene Senkung der UEMOA-internen Zölle für ausgewählte Produkte um 60%. Die ursprünglich für den 1.1.1998 geplante Harmonisierung der gemeinsamen externen Zölle auf Industriegüter wurde Anfang Dezember 1997 um zwei Jahre auf das Jahr 2000 verschoben, weil eine Mindestprotektion der jungen Industrien der Zone noch erforderlich sei, wie der damalige Präsident der UEMOA, Moussa Touré, meinte. Die ab September 1997 geltenden Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten sollten ab 1998 mit Sanktionen bei Abweichungen bedroht werden, davon rückte man aber bald wieder wegen mangelnder Durchsetzungschancen ab. Für Touré war Integration „eine Philosophie und eine Kultur“, man könne von niemand erwarten, Harakiri zu begehen.

Im April 1998 legten die CFA-Länder den Grundstein zur Harmonisierung des Handels- und Investitionsrechts im Rahmen der 1991 gegründeten *Organisation pour l'Harmonisation en Afrique du Droit d'Affaires* (OHADA). Die OHADA hat vier Hauptkomponenten: einen Gerichtshof in Abidjan, eine Ausbildungsstätte für OHADA-Juristen in Porto Novo (Benin), ein permanentes Sekretariat in Yaoundé (Kamerun) sowie einen Rat der Justiz- und Finanzminister. Auch anglophone westafrikanische Staaten, wie Nigeria, Liberia und Sierra Leone bekundeten bereits ihr Interesse, diesem Abkommen beizutreten. Die Erfahrungen mit ähnlichen Initiativen (z. B. der ECOWAS) in der Vergangenheit ließen allerdings eine gewisse Skepsis als berechtigt erscheinen, zeigen sie doch, dass solche Beschlüsse oft nicht

viel mehr wert waren, als das Papier auf dem sie geschrieben standen; die Kluft zwischen den von Integrationsmaßnahmen positiv und negativ betroffenen Gruppen und Mitgliedsstaaten war zu groß, und es fehlten der politische Wille sowie die Mittel zur Umsetzung der Beschlüsse.

3. Indikatoren des Wirtschaftsaufschwungs der UEMOA

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in der UEMOA bis 2002 insgesamt positiver als im übrigen sub-saharischen Afrika oder in der ECOWAS. Das Bruttosozialprodukt verzeichnete in den ersten Jahren nach der Abwertung inflationsbereinigt in der UEMOA erstaunliche Wachstumsraten: (2,6% (1994), 6,2% (1996), 7% (1997)). Das Wirtschaftswachstum lag somit noch über dem Bevölkerungswachstum (3,1%). Durch verstärkte Budgetdisziplin und außergewöhnlich hohe Transfers (Entwicklungs-, Strukturanpassungs- und Budgethilfe seitens Frankreich, IWF, etc.) gelang es, das Haushaltsdefizit in der UEMOA zunächst auf 1,9% (1997) zurückzuschrauben. Die Inflationsrate im Durchschnitt der CFA-Zone konnte trotz der abwertungsbedingten Preissteigerungen für Importe von durchschnittlich 30,6% (1994) auf 4,1% (1997) und 3,5% (2001) zurückgedämmt werden; die seit der Abwertung kumulierte Inflationsrate fiel in den westafrikanischen CFA-Ländern mit 56% (UEMOA, 1994-97) deutlich niedriger aus als in den zentralafrikanischen Ländern (CEMAC: 66%).

Obwohl die Asienkrise und der Konjunkturerinbruch in den EU-Mitgliedsstaaten, dem Haupthandelspartner, ab 1998 auch auf die UEMOA abfärbte, fiel die Bilanz der Wirtschaftspolitik der UEMOA gegenüber der wenig erfolgreichen Wirtschaftspolitik der ECOWAS zunächst noch bis zum Einbruch der ivoirischen Krise 2002 weiterhin positiv aus. Das Wirtschaftswachstum in der Union zog leicht von 0,9% (2000) auf 2,4% (2001) an. Gleichwohl sank das Pro-Kopf-Einkommen angesichts eines geschätzten jährlichen Bevölkerungszuwachses von mindestens 3%. Die Inflationsrate stieg von 1,8% (2000) auf 4,1% an. Das Zahlungsbilanzdefizit (exklusive Entwicklungs- und Budgethilfe) konnte aufgrund einer verbesserten Handelsbilanz leicht reduziert werden von 7,7% (2000) auf 6,3% des BIP. Die Erfüllung der Konvergenzkriterien ließ zwar zu wünschen übrig, war aber ungleich besser als die Situation in den anglophonen Staaten Westafrikas. Das globale Haushaltsdefizit (exklusive Budgethilfe) konnte leicht reduziert werden auf F CFA 659,8 Mrd. oder 3,8% des BIP (4,4% 2000), dies galt allerdings nicht als Indikator für eine Gesundung der öffentlichen Finanzen. Vielmehr zeigte sich die UEMOA besorgt über die ansteigenden internen und externen Zahlungsrückstände sowie über zunehmende extra-budgetäre Praktiken der Mitgliedsstaaten. Abgesehen von negativem Pro-Kopf Wachstum und der noch zu hohen Inflationsrate beunruhigte die internationalen Geber besonders die mangelnde Zahlungsmoral einiger Mitgliedsländer was das Begleichen ihrer (Zins-)Rückstände anging. Letztere erhöhten sich im Berichtsjahr weiter auf F CFA 429,5 Mrd. Auch der Anteil der Lohnsumme für den öffentlichen Dienst konnte zwar von 39% auf 37,4% gedrückt werden, lag aber immer noch über dem Konvergenzziel von maximal 35%. In böser Erinnerung an den Abwertungsschock von 1994, wurden immer wieder Befürchtungen innerhalb der CFA-Zone vor einer abermaligen Abwertung des F CFA in Verbindung mit der Einführung des Euro in der EU im Jahre 2002 laut. Frankreich und die BCEAO verkündeten zwar mehrfach, dass keinerlei Grund für solche Befürchtungen bestehe, betonten aber andererseits, dass die Verpflichtung, die Konvergenzkriterien einzuhalten, mit der Anbindung der CFA-Zone an den Euro seit dem 31.12.98 noch zunehme.

Die Aufrechterhaltung der Budgetdisziplin und die Eindämmung der Teuerungsraten nach

der Abwertung des F CFA 1994 war nur mit massiver externer Unterstützung der Gebergemeinschaft, großzügiger Kreditvergabe und Schuldenerlass ermöglicht worden. Keineswegs alle Gesellschaftsschichten profitierten gleichmäßig von der Abwertung. Besonders benachteiligt waren die auf subventionierte Nahrungsmittel- und Arzneiimporte angewiesenen städtischen Armen, sowie Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, die nun Stellenabbau und Reallohnminderung (letztere bezifferten die Staatsbediensteten z. B. in Yaounde mit 27% und in Abidjan mit 15%) in Kauf nehmen mussten. Während 1993 gut 60% der Staatseinnahmen (ohne Entwicklungshilfe) der CFA-Zone zur Begleichung der Löhne und Gehälter des Öffentlichen Dienstes aufgewandt wurden, sank dieser Anteil zwischen 1994 und 1997 in der UEMOA von 44,4% auf 34,4%. Frankreich, IWF und Weltbank bemühten sich, durch Sonderprogramme zur sozialen Absicherung die negativen Effekte auf die Armen zu mildern.

Entgegen einer verbreiteten Meinung war die Erholung der Exportmärkte für die CFA-Zone nach der Abwertung von 1994 nicht allein auf Abwertungseffekte zurückzuführen, sondern vor allem auf günstige Trends der internationalen Rohstoffpreise für die Hauptexportgüter der Zone außer Erdöl (Kakao, Kaffee, etc.) und den steigenden Wert des Dollars seit Mitte 1995. Die Asiatische Krise ab 1997 machte deutlich, wie anfällig die auf Rohstoffexporte angewiesenen Wirtschaftssysteme der CFA-Zone von externen Schocks weiterhin blieben. Die westafrikanischen Exporteure der UEMOA waren nun z. B. der verstärkten Konkurrenz indonesischer und malaysischer Kakao-, Kaffee- und Kautschukexporte ausgesetzt. Außerdem war mit signifikant reduzierten Entwicklungshilfeleistungen insbesondere der asiatischen Geber zu rechnen. Während französische Wirtschaftsexperten den negativen Einfluss der Asiatischen Krise auf die Wachstumsrate der CFA-Zone mit -0,5% des BIP noch im April 1998 als eher gering einschätzten, mussten diese zweckoptimistischen Prognosen bereits drei Monate danach wesentlich nach unten korrigiert werden.

4. Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der ivoirischen Krise

Die sozio-ökonomische Krise der Côte d'Ivoire ab dem 19.09.2002, mit ihren Auswirkungen auf die gesamte Subregion, dämpfte die optimistischen Einschätzungen der Wachstumschancen der UEMOA allerdings nachhaltig. Die Côte d'Ivoire repräsentierte immerhin knapp 40% des BIP der UEMOA. Die Schockwelle der Krise in der Côte d'Ivoire zeigte tief greifende Auswirkungen auch auf die benachbarten Länder. Am meisten und direktesten betroffen waren die Sahelanrainer Burkina Faso, Mali und Niger, weil sie wegen der blockierten Handelswege durch die Côte d'Ivoire von ihren traditionellen Handelsrouten und Absatzmärkten abgeschnitten wurden. Außerdem schlug zu Buche, dass viele Staatsangehörige aus den Sahelländern, die als Wanderarbeiter oder semi-permanente Migranten zum Teil schon seit Jahrzehnten in der Côte d'Ivoire lebten, nun wegen - von der ivoirischen Regierung noch geschürten - Fremdenfeindlichkeit aus dem Lande flüchten mussten.

Die Auswirkungen auf den Außenhandel der Sahelstaaten hatten mehrfache Dimensionen. So war die Eisenbahnlinie (*Sitarail*) zwischen Ouagadougou, bzw. Bobo Dioulasso (der Wirtschaftsmetropole Burkinas) und Abidjan knapp ein Jahr (vom 19.9.02 bis 10.09.03) unterbrochen. Die Ausweichroute für Im- und Exporte über schlechte Straßen zum nächstgelegenen ghanaischen Hafen Tema war nicht nur erheblich länger (1.300 km, statt 800 km nach Abidjan), sondern auch erheblich kostspieliger und zeitraubender. Außerdem reichte die Umschlagskapazität der Häfen von Tema (2,5 Mio. t/p.a.), Lomé (Togo) oder Cotonou

(Benin, mit je 3 Mio. t/p.a.) nicht aus, die Blockade der ivoirischen Häfen Abidjan und San Pedro (zusammen 18 Mio. t/p.a.) wett zu machen. Mali versuchte daher, auch auf die Häfen von Dakar und Conakry auszuweichen. Da die Vorratshaltung vieler Unternehmen auf diese Krise nicht eingestellt war, sahen sich Fabriken in der Region (z.B. Seifenproduktion, Plastikverpackungsmaterial) gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. Auch der Zementpreis stieg z.B. in Mali von 100.000 CFA auf 140.000 CFA (213 €t) und in Burkina um 15% bis 20% weil der größte Zementhersteller in der Côte d'Ivoire nicht mehr ausliefern konnte. Die Preise für Treibstoff, der vor der Krise zu einem Drittel über die Côte d'Ivoire gedeckt worden war und jetzt über Benin, Togo und Ghana importiert wurde, stiegen durchschnittlich um etwa 30%. Das Handelsvolumen zwischen Burkina Faso oder Mali, die (Burkina bis 1999) etwa 60% bzw. 70% ihres Außenhandels mit der Côte d'Ivoire abwickelten, schrumpfte um 20% bis 30%. Die Baumwollproduktion Malis, die bedeutendste des sub-saharischen Afrika, und neben der Goldproduktion der zweitwichtigste Devisenbringer des Landes, galt als besonders stark betroffen. Das staatliche Baumwollvermarktungsunternehmen *Compagnie Malienne Des Textiles* (CMDT) befürchtete, dass seine Vorjahrgewinne (\$ 7,3 Mio.) wegen erhöhter Transportkosten um 66% sinken würden. Burkina Faso hatte dagegen schon ab 1999, nach dem ivoirischen Staatsstreich vom 24.12.99 und den Ausschreitungen gegen Burkinabé in Tabou (im Südwesten der Côte d'Ivoire) begonnen, seine Märkte und Handelswege zu diversifizieren. Güter im Handelsvolumen von nahezu 400.000 t nahmen bereits vor Ausbruch der Krise die Transitroute über Togo, etwa 200.000 t über Ghana (gegenüber 18.000 t im Jahre 1999) und 20.000 t über Benin. Der ghanaische Hafen von Tema profitierte besonders von der Krise. Sein Handelsvolumen in die Sahelländer stieg zwischen 1999 und 2002 um etwa das Zehnfache an. Tema galt unter Transportfirmen u.a. deswegen als besonders attraktiv, weil die ghanaischen Behörden angesichts unzureichender Überwachungsmöglichkeiten Schwerlastwagen mit einem Gesamtgewicht von bis zu 70 t auf ihren Straßen tolerierten (statt der in der ECOWAS offiziell zugelassenen max. 35 t), was zwar die privaten Transportkosten erheblich reduzierte aber dies nur unter Inkaufnahme hoher volkswirtschaftlicher Kosten, da die ohnehin schon schlechten Überlandstraßen unter den übergewichtigen LKW weiter zerstört wurden. Andererseits war zu berücksichtigen, dass Ghana nicht der gemeinsamen Zollunion der UEMOA angehörte, und bei Transporten über Tema, anders als über Abidjan, Lomé oder Cotonou, höherer Zoll auf die Im- und Exporte gezahlt werden musste.

Auch der grenzüberschreitende Viehhandel der Sahelländer war stark betroffen. Burkina und Mali hatten bisher etwa 700.000 Rinder jährlich in die Côte d'Ivoire exportiert. Nach Angaben des Ministeriums für Tierhaltung in Ouagadougou erlitten die Viehhändler des Landes wegen der ivoirischen Krise bis Jahresende einen Verlust von umgerechnet über \$ 17 Mio. Burkina, das vor der Krise etwa 60% seines gehandelten Viehs in die Côte d'Ivoire exportierte, musste einen Exportrückgang um 75% verkraften. Die Ankaufpreise auf dem heimischen Viehmarkt, der sich kaum in der Lage sah, die Überschussmengen aufzunehmen, brachen zusammen. Der Preis einer gesunden Kuh auf dem heimischen Markt sank von CFA 310.000 vor der Krise auf CFA 155-185.000; eine analoge Entwicklung zeichnete sich in Mali ab. Darunter hatten nicht zuletzt die Fulbe-Wanderhirten zu leiden. Ähnliches war im Niger hinsichtlich des Vieh- und Zwiebelhandels zu beobachten. 30% des nigrischen Exports von Zwiebeln (13.000 t), einem der wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukte, ging vor der Krise in die Côte d'Ivoire; nun überschwebten die kaum noch absetzbaren Mengen den heimischen Markt.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Krise setzten mit Zeitverzögerung ein und ließen sich schwer abschätzen. Der zweite Jahresbericht der OECD über die Wirtschaftsperspektiven Afrikas 2002-2003 machte jedoch hinreichend deutlich, dass sich die ivoirische Krise sehr unterschiedlich auf die Länder Westafrikas auswirkte. Während der

Bericht für die Côte d'Ivoire, selbst unter optimistischen Annahmen, ein sinkendes Wachstum des BIP von 1,1% (2002) auf -4,3% (2003), für Burkina Faso von 6% auf 3,3% und für Mali von 9,9% auf 2,1% prognostizierte, konnten Ghana (4,4% 2002; 5,2% 2003) und Nigeria (-1,3% 2002; 3,1% 2003) mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung rechnen. Für Befürchtungen um eine Abwertung des F CFA sah die OECD jedoch noch keinen Anlass. Eine weitaus optimistischere Einschätzung der Entwicklungschancen der Subregion, insbesondere der Côte d'Ivoire als Zugpferd der Wirtschaftsentwicklung in der UEMOA, hatte Anfang Mai 2002 noch der Präsident des IWF, Horst Köhler, anlässlich einer Afrikarundreise mit Schwerpunkt Westafrika (Ghana, Côte d'Ivoire, Burkina Faso) abgegeben. Köhler setzte sich zudem öffentlich für die Schaffung fairer Handelsbedingungen für afrikanische Exporte und die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse seitens der USA und der EU ein, insbesondere die Reduzierung landwirtschaftlicher Subventionen.

Während viele Menschen in Westafrika unter der ivoirischen Krise litten, gab es auch einige, die einen Nutzen daraus zogen. Ein Beispiel für die Verlierer und Gewinner war der Kakaoanbau. Westafrika war mit 70% der Weltproduktion weltweit der größte Kakaoproduzent. Die Côte d'Ivoire stellte mit 43% den Löwenanteil, gefolgt von Ghana (15%), Nigeria (7%) und Kamerun (4%). Zwar stiegen die Weltmarktpreise bereits vor dem Ausbruch der Krise, weil die ivoirische Produktion seit 1998 (1,4 Mio. t) ständig gesunken war (bis auf 950.000 t 2001). Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit bezüglich des Einbringens der Kakaoernte des laufenden Jahres (Vertreibung der Wanderarbeiter von den Kakaoplantagen, Handelsbarrieren durch die Rebellen etc.) zogen die Preise in den internationalen Warenbörsen aber seit dem 19.9.02 scharf an und erreichten bereits im Oktober ein 17-Jahres-Hoch mit umgerechnet \$ 2.500/t. Als die Rebellen zeitweise Daoua mitten im Kakaogürtel besetzten, befürchtete man weitere Preissteigerungen. Ende November begannen die Ankaufpreise im Süden der Côte d'Ivoire aber wieder zu fallen auf F CFA 660/kg, gegenüber F CFA 695/kg eine Woche zuvor. Am meisten profitierte der *Ghana Cocoa Bord* (Cocobod) von den Preisschwankungen. Nur ein Teil der Preissteigerungen wurde an die ghanaischen Produzenten weitergegeben, für die der staatlich festgesetzte Ankaufspreis auf \$ 763/t. Kakaobohnen angehoben wurde. Das größte Problem Ghanas bestand in dem seit Jahren andauernden Schmuggel von ghanaischem Kakao in die Côte d'Ivoire wo weitaus attraktivere Preise winkten. Nach Einschätzung des Geschäftsführers des *Cocobod* lag die geschmuggelte Menge in der Vorjahressaison bei 50.000 t. An diesem illegalen grenzüberschreitendem Handel änderte auch der Bürgerkrieg wenig, da er nicht durch das von den Rebellen kontrollierte Gebiet lief, sondern direkt vom Süden Ghanas zu den Häfen von Abidjan und San Pedro. Die ghanaische Regierung bemängelte schon seit geraumer Zeit, ebenso wie der IWF, dass die ivoirische Regierung den Kakaoexport zu gering besteuere und damit nicht nur eine Chance zur Sanierung des Haushalts vergab, sondern auch den Schmuggel, der neben den Preisdifferenzen auch auf Erlöse in harter F CFA-Währung des Nachbarlandes abzielte, noch zusätzlich stimulierte.

Der politisch instrumentalisierte Nationalismus in der Côte d'Ivoire zeigte nicht nur fatale wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Effekte (z.B. eine breitwillige Aufgreifen der Idee der *ivorité* durch die togoische Regierung im Rahmen der *togolité*, s. Länderartikel Togo), sondern auch fühlbare negative soziale Folgen. Besonders betroffen waren wiederum die ca. 2,5 bis 3 Mio. in der Côte d'Ivoire lebenden und arbeitenden Burkinabé, die nach dem Ausbruch der Krise in den staatlichen ivoirischen Medien offen als Unterstützer der Rebellen angegriffen wurden. Bis Jahresende flüchteten schätzungsweise 100.000 Burkinabé vor brutalen Gewaltakten, meist unter Hinterlassung ihrer Habe, zurück in ihre Heimat. Die Regierung in Ouagadougou versuchte die Fluchtbewegungen durch ein eigenes Reintegrationsprogramm (*opération Bayiri*, d.h. "Rückkehr in die Heimat") aufzufangen (ab 13.11.02). Ähnliches galt bezüglich der Migranten aus Niger (ca. 800.000)

und Mali (ca. 2. Mio.) in der Côte d'Ivoire. Die nahe der Grenze gelegenen malischen Städte Sikasso, Zégoua und Kadiolo mussten, unterstützt von internationalen Organisationen und NRO (z.B. UNICEF, PAM, DWHH), den Ansturm von Tausenden von Flüchtlingen überwiegend malischer Nationalität, aber auch von Ivorern, Burkinabé und Guineern verkraften. Die Regierungen in Accra und Niamey kündigten Anfang Oktober angesichts des massiven Exodus ausländischer Migranten und ivoirischer Flüchtlinge ebenfalls ein Auffangprogramm für die Evakuierung rückkehrwilliger Ghanaer) und Nigrer an. Nach Regierungsangaben aus Bamako wurden bis Jahresende 11.000 Malier im Rahmen eines offiziellen Regierungsprogramms repatriiert; weitere 26.000 seien mit ihren eigenen Mitteln in die Heimat zurückgekehrt. Die Außenministerin Nigers, Aichaitou Mindaouddou sprach von 11.000 Staatsbürgern, die bis Jahresende aus der Côte d'Ivoire vertrieben worden waren, wo sie Opfer verschiedenster Repressalien geworden seien.

Die Staatsschefs der UEMOA versuchten die wirtschaftspolitischen Aspekte der Krise zwar auf einem Gipfeltreffen in Dakar am 29.01.03 noch herunterzuspielen, um potentielle Investoren nicht zu sehr zu verschrecken, sie passten aber bereits ihre Prognosen an die veränderten Rahmenbedingungen an (z. B. Halbierung des Wirtschaftswachstums der Zone von 4,2% auf voraussichtlich 2,1% für das Jahr 2002) und gaben eine detaillierte Evaluierung der negativen ökonomischen Effekte auf der Basis von Studien der BCEAO und der BOAD in Auftrag.

5. Problematik der Anbindung des CFA an den Euro

Die ivoirische Krise ließ auch die Diskussion um eine abermalige Abwertung des F CFA bzw. um die Anbindung des F CFA an den Euro unter der Regie des französischen Schatzamtes wieder aufleben. Dies wurde bereits deutlich angesichts der ersten Bilanz der wirtschaftlichen Aktivitäten der ivoirischen Übergangsregierung nach dem Militärputsch vom 24.12.99. Der damalige ivoirische Wirtschafts- und Finanzminister Mamadou Koulibaly verkündete im August 2000, dass die Rückstände in der Bedienung des Schuldendienstes der ivoirischen Regierung für die ca. F CFA 1.000 Mrd. Auslands- und 430 Mrd. Inlandsschulden unvorstellbare Proportionen erreicht habe. Auch das Zahlungsbilanzdefizit bei der Westafrikanischen Zentralbank (BCEAO) konnte nicht mehr durch die Überschüsse der übrigen UEMOA-Mitglieder ausgeglichen werden. Koulibaly befürwortete wie schon zuvor in seiner Eigenschaft als Politikberater und Wirtschaftsprofessor an der Universität Abidjan, die Geldpolitik in die eigenen Hände zu nehmen und den F CFA freizugeben. Anfang Oktober 2000 drohte die ivoirische Militärjunta angesichts einer Abwertung des realen Wechselkurses des F CFA gegenüber dem US \$ von über 20% seit Jahresbeginn (1 US \$ = F CFA 750 Anfang Oktober), öffentlich mit Überlegungen, die CFA-Zone zu verlassen und eine eigene Währung einzuführen. Nach dem Wahlsieg Laurent Gbagbos und seiner Partei (*Front Populaire Ivoirien*, (FPI)) am 26.10.2000 hörte man allerdings in der Öffentlichkeit nur noch wenig von diesem geplanten Alleingang, der den Zusammenhalt der gesamten CFA-Zone ernsthaft gefährdet hätte. Augenscheinlich war Frankreich mit massiver Budgethilfe eingesprungen und hatte der neuen Regierung Gbagbo FF 800 Mio. zur Bedienung ihres Schuldendienstes versprochen; letzteres galt als eine der Vorbedingung für die Wiederaufnahme der im September/Oktober ausgesetzten Entwicklungszusammenarbeit sowohl der französischen Entwicklungshilfe (AFD), als auch derer der internationalen Gebergemeinschaft. Diese massive französische finanzielle Unterstützung widersprach allerdings sowohl der 1993 verkündeten Balladour-Doktrin, die französische Intervention für die CFA-Zone an die Position des IWF koppelte, als auch den kritischen Stellungnahmen der

Bretton-Woods-Institute; sie zeigte, wie ernst Paris die Wirtschaftsmisere der Côte d' Ivoire und deren Auswirkungen auf die UEMOA und französische Wirtschaftsinteressen einschätzte. Im übrigen lagen weder eine abermalige Abwertung des F CFA, noch die Freigabe des Wechselkurses und erst Recht nicht der Zusammenbruch der CFA-Zone im Interesse der *messieurs Afrique*. Der französische Kooperationsminister Charles Josselin, François Huwart, Staatssekretär im französischen Außenhandelsministerium sowie der Gouverneur der BCEAO, der Ivorer Charles Konan-Banny, wurden daher nicht müde, öffentlich zu betonen, dass eine zweite CFA-Abwertung nach dem Schock der 50% Abwertung 1994, entgegen anders lautender Gerüchte, jeder ökonomischen Grundlage entbehre und nicht zu erwarten sei. Das Beispiel der UEMOA zeigte indes, dass die Einhaltung der Konvergenzkriterien (Haushaltsdefizit unter 3% des BIP; öffentliche Verschuldung unter 60% des jährlichen BIP; niedrige Inflationsrate etc), die seit der Anbindung des FF, und damit des F CFA an den Euro ab 1.1.1999 verstärkte Aufmerksamkeit erforderte, unter afrikanischen Verhältnissen eine ziemlich unrealistische Erwartung war, und der Abwertungsdruck auf den F CFA auch aus diesem Grunde mittel- und langfristig zunehmen würde.

Zwar lag die Einführung des Euro als Einheitswährung der EU schon zwei Jahre zurück (1.1.99) aber die faktische Anbindung des Franc CFA (F CFA) an den Euro gelangte vielen Afrikanern im frankophonen Afrika erst mit der Abschaffung des französischen Franc zu Beginn des Jahres 2002 ins Bewusstsein. Entsprechend dem Wechselkurs des € gegenüber dem FF (1 : 6,5597) galt nun nicht mehr der einfache Kurs 1 FF gegen 100 F CFA, sondern der umständliche Kurs von 1 € gegen 655,957 F CFA. Dies änderte nichts an den rechtlichen und währungspolitischen Regelungen der Franc-Zone; der F CFA war ähnlich einem *currency board* fest mit dem Euro verbunden über Verträge zwischen den Mitgliedsländern der CFA-Zone und dem französischen Schatzamt. Diese Verträge betrachtet Paris als reine Budgetabkommen, obwohl vieles dafür sprach, sie als Währungsabkommen zu behandeln, bei dem die übrigen Mitgliedsländer der EU ein Mitspracherecht hätten. Die französische Position hatte sich jedoch innerhalb der EU durchgesetzt, und so musste Frankreich die EU nur noch in zwei Fällen um Zustimmung (Mehrheitsentscheidung im Ministerrat) bitten: erstens bei einer Ausweitung der CFA-Zone auf neue Beitrittskandidaten (z.B. die Kandidaten Gambia, Guinea oder Ghana) oder zweitens bei grundlegenden Änderungen der Natur der Währungsabkommen (z.B. Abkehr von festen Wechselkursen). Alle anderen potenziellen Änderungen fielen allein in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten der Franc-Zone. Auch bei einer Abwertung wäre Paris nur gehalten, seine europäischen Partner vorab zu informieren. Da die Abkehr vom FF einen hohen Symbolwert hatte, lebten Gerüchte um eine bevorstehende Abwertung zu Beginn des Jahres 2002 wieder auf, da man befürchtete, dass die strengen Bestimmungen der EU-Konvergenzkriterien nun auch auf die afrikanischen F CFA-Länder durchschlagen würden. Die zuständigen französischen und afrikanischen Währungshüter ließen aber keine passende Gelegenheit aus, um diese Gerüchte als völlig unfundiert von sich zu weisen. Trotzdem trat die Anbindung des F CFA an den Euro erneut (eher akademische) Diskussionen innerhalb der UEMOA um die Vor- und Nachteile fester und flexibler Währungskurse und um die Unabhängigkeit afrikanischer Währungs- und Geldpolitik los. So veranstaltete z.B. die BCEAO anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens am 12.5.02 in Dakar ein mit hochkarätigen internationalen Experten besetztes Symposium über die optimale Geldpolitik in einem integrierten Wirtschaftsraum. Angesichts vieler *vested interests* hatten "revolutionäre" Pläne der Abkehr von den etablierten Regelungen aber keine Realisierungschancen. Immerhin verkündete der Gouverneur der BCEAO am 11.12.02 in einem vertraulichen Schreiben an die zuständigen französischen Autoritäten seine Besorgnis um die Zukunft des F CFA und empfahl, die Währung umzubenennen in CFA, zumal es nun

ja auch keinen Franc mehr gäbe. Diese Empfehlung war kurz zuvor einstimmig von den UEMOA-Mitgliedsstaaten abgesegnet worden und sollte als Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des UEMOA-Ministerrates am 19.12.02 eingebracht werden, was dann offenbar nicht geschah. Im April 2002 hatten sich bereits in Yaounde (Kamerun) die Finanzminister der UEMOA und CEMAC getroffen, um bis Jahresende die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot von Geldwäsche zu schaffen, die angeblich eine ernste Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität der Mitglieder der Franc-Zone darstellte. Sie war aber wohl mindestens ebenso stark von dem Interesse der internationalen Gebergemeinschaft, allen voran der USA, an weltweiter Terrorismusbekämpfung geprägt; eine Direktive für entsprechende nationale Gesetze wurde am 19.9.02 vom Ministerrat der UEMOA (und am 30.9.02 von der CEMAC) verabschiedet. Die neuen Maßnahmen gegen Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Aktivitäten sollten innerhalb von zwei Jahren mit Hilfe der *Banque de France* umgesetzt werden. Die anhaltende Aufwertung des realen Wechselkurses des Euro und damit des F CFA gegenüber dem US-\$ (um 25% in einem Jahr; davon allein um 16% von Juni 2001 bis März 2002) verschlechterte die Absatzchancen der Baumwoll-, Kakao- und Kaffee-Exporteure innerhalb der UEMOA auf dem Weltmarkt, da die meisten Verträge auf Dollarbasis abgerechnet wurden.

Der Franc CFA war über ein jahrzehnte altes Kredit- und Budgetabkommen direkt an den französischen Franc (FF), bzw. gemäß dem Vertrag von Maastricht seit dem 1.1.1999 an den Euro gebunden. Die weitaus überwiegende Mehrheit der politischen Entscheidungsträger in den betroffenen europäischen und afrikanischen Staaten erhoffte sich von dieser Anbindung segensreiche Effekte auch für die afrikanischen Wirtschaften. Es war allerdings von Anbeginn fraglich, ob das seit 1996 mehrfach bekräftigte Votum der CFA-Länder für die Aufrechterhaltung der CFA-Zone in ihrer bisherigen Form, die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Zone tatsächlich verbessern würde. Denn unter Wirtschaftsexperten wird allgemein konzediert, dass die CFA-Zone in ihrer bisherigen Form so gut wie alle wirtschaftstheoretischen Kriterien einer optimalen Währungszone gröblich verletzt. Fast alle konventionellen Voraussetzungen für deren Einrichtung (bzw. Aufrechterhaltung) werden von der CFA-Zone nicht erfüllt: niedrige Transaktionskosten, hohe Mobilität der Produktionsfaktoren, koordinierte Haushaltspolitik, gleiche Auswirkungen externer Schocks (z. B. Erhöhung der Erdölpreise), gut ausgebildetes inter-regionales Handelsnetz etc.. Selbst diejenigen, die bezweifelten, dass die Theorie optimaler Währungszonen auf afrikanische Entwicklungsländer anwendbar ist, konstatierten, dass die bisherige wirtschaftspolitische Ausrichtung der CFA-Zone den Grundregeln einer nachhaltig entwicklungsorientierten Fiskal- und Geldpolitik widerspricht. Schließlich stellt die Abfolge von Wirtschafts- und Währungsunion in der CFA-Zone die wirtschaftspolitisch gebotenen Prioritäten auf den Kopf; dies fiel um so mehr ins Gewicht, als die Heterogenität der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen in dieser Zone noch ausgeprägter ist, als z. B. in der EU. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern in den 50 Jahren der Existenz der Zone, wie oben dargestellt, weiter vergrößerten statt verkleinerten.

Das mangelnde Vertrauen in die Selbsthilfekräfte der afrikanischen politischen und wirtschaftlichen Systeme der Zone war bisher einer der - oft nur implizit genannten - Hauptgründe der Befürworter für eine Fortschreibung der bisherigen Regelungen der CFA-Zone. Die feste Bindung einer *per-se* schwachen afrikanischen Währung an eine harte westliche Währung (wie den FF oder den Euro) wurde als Garant für ein Mindestmaß an Stabilität gesehen, und die negativen Erfahrungen der Hyperinflation mit „weichen“ afrikanischen Währungen, wie der des Zaire oder des ghanaischen *Cedi* in den 1980er Jahren, als warnendes Beispiel angeführt.

Welche Vor- und Nachteile versprachen sich nun die Befürworter einer festen Anbindung von dieser Regelung? Nach Ansicht Frankreichs und des IWF ergaben sich für die CFA-Länder die folgenden drei Hauptvorteile: Erstens erleichtere die feste Anbindung den Zugang zum europäischen Kapitalmarkt. Der freie Kapitalverkehr, der bereits mit Frankreich existiert, wird auf die gesamte EMU ausgedehnt, was die Investitionsneigung europäischer Firmen in den CFA-Ländern fördere. Zweitens verbessere die Bindung des F CFA an eine harte Währung wie den Euro die Stabilität des Wechselkurses, weil sie (importierte oder hausgemachte) inflationäre Tendenzen eindämme. Drittens ergeben sich nach Ansicht des IWF positive *output*-Effekte durch verbesserten Zugang der CFA-Länder zum wachsenden europäischen Markt; dadurch erhöhten sich außerdem Anreize für eine Exportdiversifizierung. Der IWF sieht aber auch Risiken der festen Anbindung an eine harte Währung. Ein starker Euro gegenüber dem Dollar und Yen würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der CFA-Länder, deren Hauptexportprodukte wie Kakao, Kaffee, Baumwolle und Erdöl in Dollar gehandelt werden, wegen des dadurch bewirkten Aufwertungseffektes des realen effektiven Wechselkurses des F CFA signifikant beeinträchtigen. Auch nach der Abwertung von 1994 stieg der Index des effektiven Wechselkurses des F CFA wieder an, von unter 70 (1994) auf über 100 (1995), bzw. über 110 (1998) (cf. Delarue 2002:55). Allein im Jahr 2002 nahm der Wert von 1.000 F CFA gegenüber dem U. S. \$ um 16% auf 1,66 gegenüber 1,43 im Juni des Vorjahres zu. Die ivoirische Kakaoproduktion beispielsweise verlor dadurch bereits vor der politischen Krise vom September 2002 progressiv ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber Ghana, dessen Kakaosexporte durch den freien Fall des *Cedi* begünstigt wurden. Die Gesamtheit der Baumwoll-, Zucker-, Kaffee- und Holzexporte der UEMOA litt zudem unter der zunehmenden Konkurrenz billiger asiatischer und südamerikanischer Exporte aus Ländern, die in einigen Fällen wettbewerbsfördernde Abwertungen ihrer Währung bewusst als Mittel der Außenhandelsförderung einsetzten. Der negative Effekt der Aufwertung des F CFA gegenüber dem U. S. \$ war nur deswegen nicht so spürbar, weil er durch das Ansteigen der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten für die fraglichen landwirtschaftlichen Produkte zum Teil aufgefangen wurde. Weil außerdem der Schuldendienst für die multilateralen Kredite der stark verschuldeten UEMOA-Länder in der Regel in \$ abgerechnet wurde, war auch von dieser Seite Entlastung spürbar, auch wenn insgesamt die Auswirkung des \$ auf die CFA-Zone eher gering war (cf. Delarue 2002:54/55). Außerdem begünstigt eine Überbewertung des F CFA verbilligte Importe, insbesondere von Konsumgütern (z. B. von Grundnahrungsmitteln), auf Kosten lokaler Produktion. Eine analoge Situation in den 1980er Jahren hatte schon einmal wesentlich zur Abwertung des F CFA (1994) beigetragen. Zwar profitierten die CFA-Länder im Rahmen der Lomé-Verträge von den abgesicherten Stabex- oder Sysmin-Stabilisierungsfonds, die Erfahrung zeigte aber, dass dies nicht zur Abfederung externer Schocks ausreichte; gleiches gilt für die theoretische Möglichkeit, Rohstoffexporte im Falle einer Überbewertung der Währung durch interne Anpassungsmaßnahmen (z. B. Exportsubventionen, Importzölle) zu schützen. Um sich gegen dieses Risiko abzusichern, riet der IWF daher zu einer beschleunigten Durchführung seiner Strukturanpassungsprogramme, zumal die Stabexabkommen mit dem neuen Cotonou-Abkommen ab 23.6.2000 in ihrer bisherigen Form eingestellt wurden.

Die oben dargestellte Argumentation der internationalen Geber trug allerdings den im Rahmen der Globalisierung gewandelten politischen Tendenzen Afrikas nicht Rechnung. Der Unternehmer (in Afrika und anderswo) mochte zwar in erster Linie an stabilen, berechenbaren Verhältnissen, ganz gleich unter welchen politischen Vorzeichen, interessiert sein. Insofern waren französische Unternehmer jahrzehntelang gut gefahren mit ihrer *chasse*

gardée, zu deren Aufrechterhaltung die CFA-Zone maßgeblich beigetragen hat. Die politischen Grundlagen der Patronage und der Rentenökonomie, und damit der gerühmten Stabilität der CFA-Zone wurden aber durch den „zweiten Wind des Wandels“ in Afrika, konkret durch oppositionelle afrikanische Politiker und durch die politisch konditionierte Entwicklungspolitik der internationalen Gebergemeinschaft, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Großbritannien oder die Niederlande, massiv in Frage gestellt. Die EU in ihrer Gesamtheit hatte kein Interesse daran, ein überholtes, an Relikte französischer Kolonialzeit anknüpfendes politisches CFA-System zu stützen. Die Entwicklungspolitik der EU gegenüber der CFA-Zone - ebenso wie die der internationalen Geber - orientierte sich im Gegenteil noch stärker als bisher an den o. g. Kriterien politischer Konditionalität („*good governance*“, Rechtsstaatlichkeit, *accountability* etc.).

Mit der politischen Stabilität alter *couleur* entfiel allerdings auch die Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität. Mit der französischen Entscheidung, ihre besonderen währungspolitischen Beziehung zur CFA-Zone aufrecht zu erhalten, orientierte sich die Währungspolitik der CFA-Zone zwangsläufig stärker als zuvor an den wirtschaftlichen Erfordernissen der EU, denen sich auch Frankreich aus übergeordnetem Eigeninteresse stärker beugen musste. Die CFA-Länder sind faktisch mittel- und langfristig genötigt, die Geldpolitik der EMU zu übernehmen, die für die Zwecke hochindustrialisierter europäischer Staaten konzipiert wurde (Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages: Haushaltsdefizit unter 3% des BIP; öffentliche Verschuldung unter 60% des jährlichen BIP; niedrige Inflationsrate etc.) Im analogen Fall der am 17.3.98 in Lissabon beschlossenen Anbindung des kapverdianischen Escudo an den Euro hatte sich beispielsweise die Regierung der Kapverden bereits selbst verpflichtet, die Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages ihren Haushaltsentwürfen für die Jahre 1998 bis 2000 als Parameter zu Grunde zu legen. Die Eignung dieser EU-Geldpolitik für afrikanische LLDCs ist jedoch fraglich. Der F CFA würde durch die zwangsläufige Orientierung an der Geldpolitik des Euro tendenziell überbewertet und wäre einem kontinuierlichen Abwertungsdruck ausgesetzt. Weder Frankreich, dessen Schatzamt den CFA-Ländern eine unbegrenzte Konvertibilität garantiert, dessen ökonomisches Interesse an Afrika aber insgesamt weiterhin abnimmt, noch die CFA-Länder können und wollen mittel- und langfristig eine feste Parität des F CFA zum EURO finanzieren. Hierauf verwies bereits der ehemalige französische Ministerpräsident Pierre Mesmer in einem aufsehenerregenden Interview im April 1998 im Magazin *Jeune Afrique* in ungewohnter Offenheit, sehr zum Leidwesen des politischen Establishment in Frankreich.

Eine Alternative wäre, dass die CFA-Länder entscheiden, sich vom Euro zu lösen und an eine andere Referenz-Währung, z. B. den Dollar, oder an einen Währungskorb von Landeswährungen mehr oder weniger flexibel zu binden. Drittens; könnten die CFA-Länder eine direkte feste Bindung an den Euro mittels eines regulären Währungsabkommens mit der EU beantragen. Solch eine direkte Bindung würde allerdings aller Wahrscheinlichkeit nach von Brüssel mit härteren Auflagen hinsichtlich der Strukturanpassung der CFA-Länder verbunden werden, als das bestehende Abkommen mit Frankreich, so dass eine Zustimmung der etablierten afrikanischen Entscheidungsträger auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich ist. Viertens, könnten sich die CFA-Länder gezwungen sehen, angesichts der o. g. zunehmenden Disparitäten zwischen Küsten- und Binnenländern, sowie zwischen UEMOA und CEMAC, nationale Währungen einzuführen, um durch eine nationale Geld- und Währungspolitik inneren politischen Unruhen und Wirtschaftskrisen zu begegnen. Diese Hypothese hätte die größten Realisierungschancen, wenn die Entscheidungsträger der CFA-Zone eine Entscheidung über die Anpassung ihrer Währungspolitik an die Erfordernisse regionaler Integration und des Strukturausgleichs so lange hinauszögern, bis die

wirtschaftliche und politische Kluft zwischen Arm und Reich in der Region zu antagonistischen Auseinandersetzungen führt.

Mittelfristig ist eine abermalige Abwertung des F CFA aus den o. g. Gründen wahrscheinlich unausweichlich. Der dadurch ausgelöste zusätzliche Vertrauensverlust in den F CFA seitens der afrikanischen Bevölkerung kann zum Zusammenbruch der einheitlichen CFA-Zone mit fester Parität führen. Diejenigen, die bisher für Stabilität im Sinne einer Fortführung des *status quo* plädierten, setzten mittelfristig die Chancen einer stabilen und nachhaltigen Entwicklung der CFA-Zone aufs Spiel. Zwar verweist die französische Regierung gerne darauf, dass der Gesamtwert der F CFA-Geldmenge nur 2% bis 4% des Notenumlaufs des FF entspricht und das französische Schatzamt bisher bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten der afrikanischen Länder selbst in Extremsituationen, wie 1993 kurz vor der CFA-Abwertung, nur mit 4,6 Mrd. FF (1,4 Mrd. DM) aushelfen musste. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass die Kosten der CFA-Zone sich für den französischen Staatshaushalt und Steuerzahler nicht auf den Zahlungsbilanzausgleich beschränken, sondern auch die Vorzugsbehandlung der Zone bei der Vergabe von Entwicklungshilfe (von 1980 bis 1994 vervierfacht von 3 Mrd. auf 12 Mrd. FF) und beim Schuldenerlass umfassen.

Das Vertrauen der afrikanischen Bevölkerung in den F CFA hatte mit der Abwertung von 1994, die zu den am längsten vorhersehbaren und am schlechtesten vorbereiteten Abwertungen der Welt zählte, einen irreparablen Bruch erlitten. Spekulationsgewinnen wurden damit Tür und Tor geöffnet; die Kosten hatten die mittelständischen und ärmeren Schichten, insbesondere der urbanen Zentren zu tragen, deren Kaufkraft sich seit 1994 nahezu halbiert hat; der ca. 20%ige Rückgang im realen Pro-Kopf-Einkommen der Zone zwischen 1981 und 1994 konnte bis heute erst um 7% kompensiert werden. Es überrascht daher nicht, dass angesichts der Auswirkungen der ivoirischen Krise die Gerüchte über eine erneute Abwertung nicht verstummen.

Eine Flexibilisierung der Wechselkurse in einer modifizierten CFA-Zone, die eine den jeweiligen regionalen Wirtschaftsstrukturen besser angepasste Geldpolitik erst ermöglichen würde, läge unter diesen Umständen im Interesse der betroffenen afrikanischen Völker. Unter den gegebenen politischen Umständen wäre die Aufrechterhaltung der Währungsunion mit unterschiedlicher Parität jeweils für die west- und zentralafrikanische Zone und flexibler Anbindung (passiver *crawling peg*) an den Euro vermutlich die beste Lösung. Auf diese Weise würde auch dem berechtigten Wunsch der afrikanischen Länder nach größerer Autonomie von der Bevormundung durch französische oder europäische Finanzinstitutionen entsprochen. Die Beibehaltung der Währungsunion für die gesamte CFA-Zone mit fester Anbindung an den Euro bzw. die französischen Kreditabkommen geht dagegen insbesondere auf Kosten der ärmsten Länder (z. B. Sahelländer, die mit dazu beitragen, die Zahlungsbilanzdefizite der reicheren CFA-Länder zu decken), der ärmeren Gesellschaftsschichten in der gesamten Zone (s. o.) sowie des französischen Steuerzahlers, der indirekt den Wunsch etablierter Patronagenetzwerke nach Aufrechterhaltung von Sonderprofiten und französischer Grandeur finanziert. Die Opportunitätskosten der Aufgabe einer souveränen Geld- und Fiskalpolitik durch die CFA-Länder, welche die von einer Währungsunion versprochenen Gewinne (wie verbesserte Absatzmärkte etc.) nicht einstreichen können, fallen ebenfalls bei den schwächsten Ländern am meisten ins Gewicht.

Literatur:

- Agbohohou, Nicolas / Grégoire Biyogo / Jean Ziegler (2000), «Le franc CFA et l'euro contre l'Afrique : pour une monnaie africaine et la coopération Sud-Sud », Paris : Éd. Solidarité mondiale A.S
- Alibert, Jacques (1997), „Les conséquences de la dévaluation du franc CFA“, *Marchés Tropicaux*, 15.08.1997:1795-1801
- Banque de France (2001), « La Zone Franc – Rapport Annuel », Paris
- Ben Hammouda, Hakim (ed.) (2001); «L' avenir de la zone franc : perspectives africaines », Paris : Karthala
- Bhinda, N. et al. (eds.) (1999), “Private capital flows to Africa: Perception and reality. FONDAD, The Hague
- Bhattacharya, Amar / Peter J. Montiel / Sunil Sharma (1996): How Can Sub-Saharan Africa Attract More Private Capital Inflows? World Bank, Washington; paper, www.worldbank.org/fandd/english/0697/articles/080697.htm#author
- Chafer, Tony (2002): Franco-African relations – No longer so exceptional? *African Affairs*, 1001 (2002) : 343-363
- Conseil économique et social (1999), «Prospectives pour un développement durable: quelle politique de coopération avec les pays de l'Union économique et monétaire Ouest-africaine? Avis du Conseil économique et social sur le rapport ; présenté par Janine Cayet; Paris, Direction des journaux officiels.
- Debrun, Xavier / Masson, Paul / Pattilo, Catherine (2002): Monetary union in West Africa – Who might gain, who might lose, and why? IMF Working Paper, WP/02/226, IMF, Washington D. C.
- Delarue, Emmanuel (2003): Euro fort – La zone franc est-elle menacée? *Economia*, No. 29, March 2002:54 - 55
- Devarajan, Shantayanan / Hinkle, Lawrence E. (1994), "The CFA Franc Parity Change: an opportunity to restore growth and reduce poverty", *Afrika Spectrum*, 29 (1994)2:131 - 151
- Diallo, Mamadou (1998), “Quelques axes de réflexion pour un partenariat nouveau“, in: GEMDEV, 1998:395-406.
- Fondation Friedrich-Ebert au Cameroun (ed.) (1997), “La Zone Franc face á la Monnaie Unique Europeenne“, Institut Supérieur de Management Public, Yaoundè 1997.
- Devey-Malu Malu, Muriel (1998), „UEMOA et CEMAC: Evaluation comparée de la conjoncture économique en 1997“, *Marchés Tropicaux*, 15.05.1998:1011-1013
- Doré, Ousmane / Anne, Benoît / Engmann, Dorothy (2003): Regional impact of Côte d' Ivoire' s 1999-2000 sociopolitical crisis - an assessment. IMF Working paper, WP/03/85, Washington D.C.
- Doré, Ousmane / Masson, Paul (2002): Experience with budgetary convergence in the WAEMU. IMF Working Paper, WP/02/108, IMF, Washington D.C.
- Edang Memiaghe, Justin (2000). L'avenir du franc C.F.A. Montpellier: Université Montpellier II Sciences et Techniques du Languedoc
- Fritscher, Frédéric (1994): Sénégal: 'On est tous dévalués !, *Le Monde*, Paris, 05.02.1994, S. 1,4
- Gaud, Michel (1994): De la réévaluation à la dévaluation. *Afrique contemporaine*, 169 (1994)1: 5 - 17
- GEMDV (ed.) (1998), „La Convention de Lomé en Question“, Ouvrage publié avec les soutiens de la Commission Européenne, du Secrétariat d'Etat à la Coopération et de l'agence de la Francophonie, Paris, Editions Karthala
- Grimm, S.: Institutional change in the West African Economic and Monetary Union (WAEMU) since 1994. A fresh start after the devaluation shock? In: *Afrika Spectrum*, 34 (1999) 1, 5-32.
- Hadjimichael, Michael T. / Galy, ., 1997, “The CFA Franc Zone and the EMU“, IMF Working Paper 97/156, International Monetary Fund, November 1997.
- Kappel, Robert (1993), "Future prospects for the CFA Franc Zone", *Intereconomics*, 28.1993.6.: 269 – 278
- Kappel, Robert (2001): Catching-Up mittelfristig kaum möglich - Begründungen für die langanhaltende Wachstumsschwäche in Afrika. in: Schubert, Renate (ed.) (2001): *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* - Band 282: Entwicklungsperspektiven von Niedrigeinkommensländern - Zur Bedeutung von Wissen und Institutionen, 87-116
- König, Torsten (2001), „Das regelgebundene Währungssystem der Franc-Zone im Wandel der Zeit“, Marburg : Tectum-Verl., 2001, Diss., Wirtschaftspolitische Forschungsarbeiten der Universität zu Köln ; 40
- Kohnert, Dirk (1994), "Die Krise der Communauté Française Africaine", *Internationale Politik und Gesellschaft* (FES), 1994.4:385 – 396
- Hugon, Philippe (1998), “Les avatars de la Zone Franc face à l'Euro“, in: GEMDEV, 1998: 363-394 *Marchés Tropicaux*, diverse Ausgaben
- Menzel, Ulrich (2003): Afrika, oder – das neue Mittelalter – Eigenlogik und Konsequenzen der Gewaltökonomie. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2003:1060-1069
- Masson, Paul R. / Catherine Pattillo (2001), “Monetary union in West Africa (ECOWAS): is it desirable and how could it be achieved?, IMF, Washington, DC, Occasional paper, no. 204
- Monga, Célestin (1997), “A Currency Reform Index for Western and Central Africa“, *World*

- Economy*, (January) 1997:103 - 125.
- Nkou Nkou, Célestin (1998), «L'autre face de l'euro : dangers et pièges qui guettent le franc CFA », Nantes : Impr.Bellevue
- Pelletier, Pierre (1997), „Zone Franc 1996: l' espoir renaît“, *Marchés Tropicaux*, 22.08.1997:1843-1845; 29.08.1997:1891-1898
- Scheid, Theresa (2003), «Commerce franco-africaine: la stabilité a prévalu en 2002», *Marchés Tropicaux*, 28.02.2003:b432-433
- Tiani, François Kéou (2002), «Le franc CFA, la zone franc et l'euro», Paris; L'Harmattan
- UEMOA (2002), «Rapport semestriel d' exécution de la surveillance multilatérale», http://www.uemoa.int/Publication/Rapport_surveillance/RappDec2002.pdf
- Yeats, A.J. (1989), "Do African countries pay more for imports ? Yes", World Bank, Working Paper N° 265, Washington D.C.